

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Matthias Anbuhl

Leiter der Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

„Auf dem Weg zum Hochschulpolitischen Programm“

**4. Hochschulpolitisches Forum
von Hans-Böckler-Stiftung und DGB**
25. Februar 2011

Wer die hochschulpolitischen Reden und Schriften der vergangenen Jahre liest, stößt immer wieder auf die gleichen Textbausteine: Die Hochschulen müssten endlich vom staatlichen Gängelband befreit werden. Wettbewerb, Exzellenz, effizientes Management sollen die vorherrschenden Prinzipien werden.

Hochschulen müssten endlich wie Unternehmen handeln. Qualität wird vor allem am erfolgreichen Einwerben von Drittmitteln gemessen. Die Folge dieser Debatten war ein tiefgreifender Umbruch an den Hochschulen:

Studierende wurden mehr und mehr als zahlungspflichtige Kunden gesehen. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verschlechterten sich drastisch. Mitbestimmung und Partizipation wurden beschnitten.

Die Arbeitgeber-Verbände schreiben es noch heute in ihrem Leitbild der Hochschule der Zukunft ganz unverhohlen, ich zitiere:

„Die Hochschule handelt unternehmerisch und agiert unabhängig von direkten staatlichen Eingriffen. Die Mittel für Forschung und Lehre werden zum überwiegenden Teil im Wettbewerb vergeben.“

Wenn aber Forschende und Lehrende zu kleinen Ich-AGs werden, wenn das Einwerben von Drittmitteln zum Gradmesser wissenschaftlicher Qualität wird, wenn sich Parlamente und Regierungen aus diesem Marktgeschehen nahezu komplett verabschieden sollen: Dann wird – ausgerechnet im Namen der Freiheit – die Wissenschaftsfreiheit den Zwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen.

„Die Emanzipation der Hochschulen von den Steuermitteln“, hat diesen Trend gestern Frau Konegen-Grenier vom Institut der deutschen Wirtschaft verniedlichend genannt. Ich würde es – zugespitzt – anders formulieren: Die kaufkräftige Nachfrage bestimmt die Wissenschaft.

Die Folgen dieses Paradigmenwechsels haben wir gesehen: Befeuert von Studien, die nicht selten von Arbeitgeber-Verbänden und einzelnen Konzernen finanziert wurden, haben Wirtschaftswissenschaftler eine Politik des Lohnverzichts, der Deregulierung von Arbeitsmärkten und Finanzmärkten, eine Zerschlagung der solidarischen Renten- und Krankenversicherung propagiert. Politiker verschiedener Parteien und Regierungen haben diese Rezepte als alternativlos verkauft.

In Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir erlebt, wohin dieses Denken führen kann. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich die Wirtschaftsverbände schon seit langem in der Hochschulpolitik engagieren.

Sie haben das mit viel Geld getan. Allein die Bertelsmann-Stiftung besaß im Jahr 2008 ein Vermögen von fast 620 Millionen Euro. Doch wir sollten nicht vor der finanziellen Übermacht der Arbeitgeber-Lobby kapitulieren.

An den Hochschulen mehren sich die Proteste. Die Studierenden mit ihrem Bildungsstreik haben es geschafft, die Aufmerksamkeit auf die verkorkste Umsetzung des Bologna- Prozesses zu lenken. Auch die Bundesregierung, die Länder und selbst die Hochschulrektorenkonferenz erkennen mittlerweile den Korrekturbedarf an.

Es freut mich auch, dass die Gewerkschaften zunehmend von den Studierenden als Partner wahrgenommen werden. An vielen Hochschulen haben DGB und DGB-Jugend die Proteste unterstützt.

Erfreulich ist auch: Mehr Studierende treten in die Gewerkschaften ein. Wir haben jetzt 33.000 Studierende als Mitglieder. Allein im vergangenen Jahr gab es unter dem Strich ein Plus von 900 Studierenden in den DGB-Gewerkschaften. Und da sind die Studierenden aus Dualen Studiengängen nicht einmal mit eingerechnet. All diese Entwicklungen zeigen die Notwendigkeit und die Chancen des gewerkschaftlichen Engagements in der Hochschulpolitik.

Dieses Engagement hat vor allem drei Gründe:

- Gewerkschaftliche Bildungspolitik ist geleitet von dem Gedanken der Chancengleichheit, von der Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung. Gute Bildung und Bildungsabschlüsse sind die Platzanweiser in unserer Gesellschaft. Unsere Schulen und Hochschulen entscheiden über die Berufsperspektiven und damit auch über die Lebensperspektiven der Menschen. Bildung ist deshalb für uns eine soziale Frage.
- Es geht uns um den Arbeitsplatz Hochschule: Wer, wenn nicht die DGBGewerkschaften, soll sich um die Arbeitsbedingungen der mehr als 500.000 Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen kümmern – in Forschung, Lehre, Verwaltung, Technik und Management. Dies ist übrigens nicht nur im Interesse der Beschäftigten: Denn gute Lehre und gute Forschung wird es nur geben, wenn wir gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für das Personal an den Hochschulen haben.
- Es geht uns um die Zukunft unserer Gesellschaft: Die Hochschulen haben mit ihrer Forschung und Lehre, mit Weiterbildung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der gesamten Gesellschaft.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Autonomie der Hochschulen gewährt die Freiheit der Wissenschaft zum Nutzen der Menschheit. Der gesellschaftliche Kern der Wissenschaftsfreiheit liegt in ihrem möglichen Beitrag zu einer humanen, sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Welt. Das ist aber kein Automatismus.

Welche Alternativen bieten die Gewerkschaften? Ich denke, dass Leitbild der Demokratischen und Sozialen Hochschule umreißt den Kern sehr genau.

Deshalb steht im Mittelpunkt unserer Politik, die Forderung nach einer sozialen Öffnung der Hochschulen. Noch immer muss man Arbeiterkinder an den Hochschulen fast mit der Lupe suchen. Während von 100 Kindern aus Akademiker-Familien noch 71 ein Studium aufnehmen, sind es aus Arbeiterfamilien nur 24.

Wer Hochschulen sozial öffnen und demokratisch gestalten will, muss an mehreren Stellschrauben drehen. Ich möchte das anhand von neun Themen skizzieren.

Erstens: Wir müssen dafür sorgen, dass die Hochschulen ihrem täglichen Geschäft überhaupt gewachsen sind. Die geburtenstarken Jahrgänge der 90er Jahre, die doppelten Abiturjahrgänge, die Aussetzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes sowie die weitere Öffnung der Hochschulen müssen zwingend zu einem Ausbau der Hochschulen führen. Die Hochschulpakete I und II, die Bund und Länder geschlossen haben, sind da nur ein erster Schritt. Es reicht aber nicht aus, bis 2015 nur 275.000 neue Studienplätze zu schaffen. Wir brauchen einen „Hochschulpakt Plus“ mit mindestens 500.000 zusätzlichen Plätzen.

Zweitens: Wir müssen die Hochschulen endlich für mehr Menschen ohne Abitur öffnen. Wenn aber wirklich alle Menschen ihre Begabungen entfalten sollen, müssen die Barrieren zwischen Hochschule und beruflicher Bildung beseitigt werden. Eine abgeschlossene Berufsausbildung muss den Zugang zur Hochschule grundsätzlich öffnen. Mehr noch, es reicht nicht aus, nur den Zugang zu regeln. Wenn wir mehr Menschen, die im Berufsleben stehen, an die Hochschulen bringen wollen, brauchen wir auch mehr berufsbegleitende Studiengänge, eine bessere und transparentere Anerkennung – und Anrechnung - beruflicher Leistungen und Kompetenzen, veränderte Curricula und eine bessere Studienförderung. Aber – und da bin ich wieder beim Hochschulpakt – wir müssen den Hochschulen auch die Kapazitäten geben, Menschen mit beruflicher Erfahrung aufzunehmen. Der DGB plädiert deshalb dafür, in einem neuen verbesserten Hochschulpakt einen Korridor vorzusehen, der bis 2015 mindestens fünf Prozent der neuen Studienplätze nur für beruflich qualifizierte reserviert.

Drittens: Gerade Menschen aus einkommensschwachen Familien müssen sich ein Studium auch leisten können. Die jungen Leute entscheiden sich nicht für ein Hochschulstudium, weil ihnen das Institut der deutschen Wirtschaft eine theoretische Bildungsrendite ausrechnet. Sie schauen vielmehr, ob das Geld für ein Studium auch wirklich reicht. Wir haben in den Gewerkschaften lange intensiv diskutiert: Soll das Studium wirklich

gebührenfrei sein? Muss nicht eher der Kindergarten gebührenfrei sein? Finanziert am Ende nicht die Krankenschwester die Ausbildung des Chefarztes? Wir haben uns ganz bewusst klar gegen Gebühren im gesamten Bildungssystem ausgesprochen – von der Kita bis zur Uni. Eine Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) hat gefragt, warum rund 86.000 potenzielle Studierende nach dem Abitur kein Studium beginnen. Ein Drittel dieser jungen Menschen gab an, dass ihnen schlicht das Geld dafür fehlt. Wir wissen eben, dass Gebühren Hürden sind, die vor allem die Kinder der Krankenschwester und nicht die des Chefarztes treffen. Gut verdienende Akademikerinnen und Akademiker müssen später ihren Beitrag durch ein gerechtes Steuersystem leisten. Vor allem leidet unser Steuersystem an einer Unwucht: Der Großteil der Einnahmen kommt von der Besteuerung der Arbeitseinkommen, während wir für Vermögende auch im internationalen Vergleich ein Niedrigsteuerland sind. Hier brauchen wir dringend eine Korrektur!

Es zählt zu den erfreulichen Ereignissen, dass in jüngster Zeit eine Gebühren-Bastion nach der anderen fällt. Hessen, das Saarland und gestern endlich Nordrhein-Westfalen haben die Gebühren wieder abgeschafft. In Hamburg hat der mutmaßliche neue Bürgermeister Olaf Scholz schon den Verzicht auf Gebühren angekündigt. Studiengebühren sind bundesweit ein Auslaufmodell. Dies ist auch ein gewerkschaftlicher Erfolg!

Viertens: In diesem Jahr feiern wir ein besonderes Jubiläum: 40 Jahre BAföG. Das Herzstück einer staatlichen Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind. Das BAföG ist seit den 70er Jahren besonders für ärmere Familien die Strickleiter für den sozialen Aufstieg. Wenn wir das BAföG stärken wollen, reichen Mini-Reformen aber nicht mehr aus. Wir müssen das BAföG grundsätzlich weiterentwickeln. Der Darlehensanteil muss gesenkt und die Leistungen des Familienleistungsausgleichs als Sockel allen Studierenden direkt ausgezahlt werden.

Fünftens: Wir brauchen einen neuen Kurs für Bologna. Das Ziel klingt ja verlockend: Junge Studierende beginnen ihr Studium in Aachen, setzen es in Stockholm fort, um dann in Rom ihren Master zu machen. Das war die Vision der europäischen Bildungsminister, als sie den Bologna-Prozess starteten. Und auch die Gewerkschaften haben dieses Vorhaben unterstützt. Sie versprachen sich mehr Mobilität in Europa und eine Studienreform mit Qualität. Heute ist die Bilanz ernüchternd: Überfrachtete Stundenpläne, teils gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden auf dem Weg ins Ausland kennzeichnen den Alltag an den Hochschulen. Und auch hier sind Studierende aus weniger betuchten Familien besonders betroffen. Wir Gewerkschaften wollen deshalb eine grundlegende Kurskorrektur: Es ist falsch ganze Diplom-Studiengänge in einen sechsse-

mestrigen Bachelor zu pressen. Wir brauchen mehr Zeit für Bildung und einen freien Zugang zum Master.

Sechstens: erinnert sich noch jemand an die ZVS, die Zentrale Vergabestelle von Studienplätzen in Dortmund? Jahrelang organisierte sie die Verteilung von Studienbewerbern in vielen Numerus-Clausus-Fächern. Zugegeben – nicht immer mit besten Ergebnissen. Wirtschaftsliberale Politiker brandmarkten sie als bürokratisches Monstrum. So lange, bis vor sieben Jahren die ZVS entmachtet und den Hochschulen mehr Eigenverantwortung gegeben wurde. Das Ergebnis ist das blanke Chaos. Um sicher einen Studienplatz zu bekommen bewerben sich viele angehende Studierende an zehn oder mehr Unis gleichzeitig. Viele dieser Bewerber erhalten gar keinen Studienplatz oder bekommen ihn erst lange nach Semesterbeginn im x-ten Nachrückverfahren. Gleichzeitig bleiben tausende Studienplätze unbesetzt. Das zeigt: Nicht nur im Finanzsystem, auch an den Hochschulen sind Deregulierung und ungezügelter Markt kein Allheilmittel. Sie stiften vielmehr Chaos. Wir wollen daher, dass der Bund per Gesetz die Hochschulzulassung regelt.

Siebtens: Wir müssen feststellen, dass die Länder allein mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Bildungssystems überfordert sind. Wer im vergangenen Jahr die monatelange Hängepartie um eine kleine BAföG-Novelle verfolgt hat, musste erkennen – der Wettbewerbsföderalismus ist gescheitert! Wir brauchen einen Schub für einen kooperativen Föderalismus, in dem der Bund wieder eine stärkere Rolle auch bei der Finanzierung des Bildungssystems einnehmen muss. Ich bin allerdings skeptisch, wenn der Bund nun anstatt der auslaufenden Exzellenzinitiative künftig Exzellenz-Bundesuniversitäten fördern will. Dies wird zu einer weiteren Spaltung und Hierarchisierung des Hochschulwesens führen. Dabei ist eine zentrale Stärke der deutschen Hochschullandschaft, dass sie hohe Qualität in der Breite produziert.

Achtens: Spätestens nach Stuttgart 21 oder dem erfolgreichen Berliner Volksentscheid Wassertisch ist klar: Wir brauchen mehr und nicht weniger Partizipation und Mitbestimmung in unserer Gesellschaft. Doch an den Hochschulen wurde – im Namen der Freiheit und der Autonomie – die Demokratie Stück für Stück abgebaut.

Es freut mich, dass jetzt der neue Präsident der Hamburger Universität Dieter Lenzen das Thema Partizipation für sich entdeckt hat – und ganz neue Wege der Demokratie an dieser Hochschule etablieren will. Open Space und Mediation können dabei aber „nur“ die Mitbestimmung der Hochschulmitglieder in den Gremien ergänzen.

Neuntens: Wenn unsere Hochschulen auch in Zukunft hervorragende Leistungen in Lehre und Forschung erbringen sollen, brauchen sie auch hoch qualifiziertes und motiviertes Personal. Doch die Bedingungen am

Arbeitsplatz Hochschule sind beschämend. Auf einen unbefristeten wissenschaftlichen Angestellten kommen fast sieben befristete Wissenschaftler. Ein großer Teil der Lehre wird von akademischen Tagelöhnern erbracht – den Lehrbeauftragten – die Stundenlöhne bekommen ohne Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsanspruch. Wenn Hochschulen auch künftig qualifizierte Arbeitskräfte in Forschung, Lehre, Verwaltung, Technik und Management. Gewinnen wollen, müssen sie den Arbeitsplatz Hochschule deutlich attraktiver gestalten. Wir als DGB unterstützen ver.di und GEW bei diesem Kampf.

All diese Entwicklung zeigen, wir brauchen Bewegung an unseren Hochschulen. Sie müssen nicht dereguliert und unternehmerisch sein, sondern demokratisch und sozial.

Ich freue mich deshalb, dass der DGB Bundesvorstand entschieden hat – und damit alle acht Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften - dass der DGB ein neues Hochschulpolitisches Programm entwickeln soll.

Ich bin der Hans-Böckler-Stiftung, den beteiligten Wissenschaftlern und Gewerkschaftern sehr dankbar, dass sie in einem anspruchsvollen Prozess die hochschulpolitischen Debatten gebündelt und mit dem Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule die Grundlinien einer gewerkschaftlichen Alternative entwickelt haben.

Die Hans-Böckler-Stiftung, die Kooperationsstellen, der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften haben bereits begonnen unter der Überschrift „Leitbild trifft Praxis“ diese Vision an den Hochschulen und in einzelnen Workshops zu diskutieren. Diese Veranstaltungen werden und wurden dokumentiert. Die Hans-Böckler-Stiftung will jetzt – Wolfgang Jäger hat es gestern bei der Begrüßung gesagt - konkrete Projekte unterstützen, die auf praktische Veränderungen an den Hochschulen zielen. So kann aus dem Leitbild gelebte Praxis werden.

Das Leitbild und auch die 14 Expertisen bieten eine hervorragende Grundlage für unsere programmatische Diskussion im DGB. Natürlich – das haben alle Beteiligten immer betont – ist dieses Leitbild nicht in Stein gemeißelt. Es bietet aber hervorragende Impulse für die Diskussion. Ich freue mich auch, dass die Hans-Böckler-Stiftung die Anregungen aus dem vergangenen Hochschulpolitischen Forum aufgegriffen hat – und nun drei zusätzliche Expertisen in Auftrag gegeben hat. Der Dritte Bildungsweg, die Geschlechtergerechte Hochschule und die Qualitätssicherung sollen vertieft diskutiert werden.

Der DGB hat die Arbeit an dem Hochschulpolitischen Programm begonnen. Wir haben das Leitbild an 50 namhafte Expertinnen und Experten – an Wissenschaftler, Studierende, Minister, Parlamentarier und Fachjournalisten geschickt – mit der Bitte, uns ihren Standpunkt zu unserem Leitbild zu schreiben. Wir werden diese Standpunkte in den kommenden Wochen veröffentlichen und auch für unsere programmatische Debatte nutzen. Schon heute haben wir Antworten von Rolf Dobischat, Anette

Schavan, Doris Ahnen, Studierendenverbänden aber auch Dieter Lenzen und Thomas Sattelberger erhalten, um nur einige zu nennen.

Wenn die Programmgruppe aus dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften einen ersten Entwurf des Hochschulpolitischen Programms entwickelt hat, wollen wir auch diesen breit diskutieren. Hier liegt viel Verantwortung bei den Mitgliedsgewerkschaften, die eine breite Diskussion in ihren Strukturen sichern müssen. Aber auch der DGB wird – das kann ich heute schon versprechen – Möglichkeiten zur Diskussion des Programms bieten. Dazu werden wir auch alle einladen, die sich an diesem oder früheren Hochschulpolitischen Foren beteiligt haben.

Der Frust an den Hochschulen ist groß. Viele Studierende, Beschäftigte und Wissenschaftler sind unzufrieden mit unseren Hochschulen. Sie haben gesehen, dass Deregulierung und Liberalisierung zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Chaos bei der Zulassung, weniger Demokratie an den Hochschulen führt.

Wir Gewerkschaften haben auch im Bildungssystem – und nicht nur dort – vor Marktradikalismus gewarnt. Die Entwicklung hat uns leider Recht gegeben. Auch deshalb können wir uns selbstbewusst der aktuellen hochschulpolitischen Debatte stellen.